



☐ vertraulich

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Mitglied des Stadtrates
Agnes Scharnetzky

Landeshauptstadt Dresden
Beigeordneter für
Bildung, Jugend und Sport

GZ: GB 2

Datum: 26. JAN. 2026

— Jugendfragestunde möglich machen
mAF0117/25

Sehr geehrte Frau Scharnetzky,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 11. Dezember 2025 beantwortete ich wie folgt:

— „Junge Menschen und Familien sind Expert*innen für ihre Lebenslagen und Bedürfnisse und wissen am besten, was sie für einen gelingenden Alltag benötigen. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz hat ihre Beteiligungsrechte erweitert und selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung als spezielle Beteiligungsform in § 4a SGB VIII eingeführt.

Junge Menschen fühlen sich nicht gehört, das wird gerade in vielen wichtigen Debatten deutlich: Zur Rente, zum Wehrdienst, nicht zuletzt zum Klimaschutz als Aufgabe für Generationengerechtigkeit.

— Der Jugendhilfeausschuss nimmt diesen Auftrag ernst und hat sich intensiv damit beschäftigt, wie junge Menschen ihre Interessen auch in kommunalen Gremien selbst vertreten können. Damit nehmen wir als JHA der LHD bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Der Ausschuss hat im Mai 2025 beschlossen, eine Jugendfragestunde im Jugendhilfeausschuss ab dem letzten Quartal 2025 durchzuführen. Sie soll vierteljährlich stattfinden. Jugendliche können direkt in der Sitzung ihre Fragen stellen und ihre Themen persönlich präsentieren.

Doch der Oberbürgermeister, der den Jugendhilfeausschuss leitet, setzt diesen Beschluss nicht um. Obwohl das Thema mehrfach im Gremium angesprochen wurde, findet sich kein Tagesordnungspunkt dazu. Dies erweckt den Eindruck, dass Herr Hilbert die Anliegen der Jugendlichen nicht ernst nimmt und deren Fragerecht auf unbestimmte Zeit aussitzt. Die GRÜNE Fraktion setzt sich für eine stärkere Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik ein und möchte Klarheit für Interessierte schaffen. Deshalb stellen wir folgende Fragen:

1. Warum wird die Einführung einer Jugendfragestunde im Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung nicht umgesetzt?“

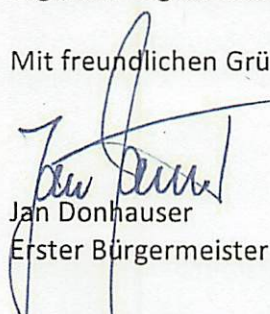
Dies hat der Jugendhilfeausschuss so beschlossen. In der letzten Sitzung am 27. November 2025 hat die Kinder- und Jugendbeauftragte in groben Zügen das Konzept vorgestellt und damit das Verfahren an sich gezogen.

2. „In welcher Form und bis wann wird der Oberbürgermeister die Jugendfragestunde auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses setzen? Wie wird die Öffentlichkeit und das Gremium über die Jugendfragestunde informiert?“

Es wird erwartet, dass die erste Jugendfragestunde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15. Januar 2026 stattfinden kann.

Zusammengefasst beinhaltet das Konzept die fortlaufende Sammlung von Anliegen der jungen Menschen durch die Kinder- und Jugendbeauftragte. Sie nutzt dabei verschiedene Netzwerke und verschiedene Plattformen. Es ist derzeit vorgesehen, dass vor der Ladung des Jugendhilfeausschusses die Themen an den Ausschuss übergeben werden, weil dort noch einmal, ähnlich wie bei der Einwohnerfragestunde ausgewählt wird, welche Anfragen entsprechend mündlich beantwortet werden und welche schriftlich. Das heißt auch, dass die Jugendlichen, die ausgewählt werden, ihre Frage selbst vorstellen können. Die anderen Fragen werden schriftlich innerhalb von vier Wochen beantwortet. Derzeit wird noch abgestimmt, in welchem Format die Antworten anschließend publiziert werden. Es wird diskutiert, ob Social-Media-Plattformen genutzt werden können, um die Beantwortung der Fragen transparent zu machen. Ziel ist, wie schon gesagt, der Beginn dieser Fragestunde im Januar.

Mit freundlichen Grüßen


Jan Donhauser
Erster Bürgermeister

Kenntnisnahme:


Dirk Hilbert
Oberbürgermeister